

Anlage 2.2

Presseecho zur Armutswanderung aus Bulgarien und Rumänien

(Auswahl)

Nürnberger Nachrichten vom 25.02.2013

Nürnberger Nachrichten vom 13.03.2013

Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28.02.2013

Der Gemeinderat 03/2013

Einheimische Obdachlose fühlen sich verdrängt

In Wärmestube und Notschlafstellen steigt die Zahl von Bedürftigen aus Osteuropa — Stadt zahlt Rückfahrt nach Bulgarien und Rumänien

VON SHARON CHAFFIN
UND HERBERT FUEHR

Ein Körnchen Wahrheit steckt in jedem Witz. Deshalb hat auch Bernhard Gradner, der Leiter der Nürnberger Wärmestube, für die stetige Zunahme osteuropäischer Bedürftiger eine nicht ganz ernst gemeinte Erklärung parat: „Wenn die Menschen irgendwo in Bulgarien oder Rumänien den Zug betreten, sagt ihnen wahrscheinlich jemand: Steig am Nürnberger Hauptbahnhof aus und bieg zweimal rechts ab – dann bist du in der Wärmestube.“

Natürlich würden die Mitarbeiter der Hilfseinrichtung in der Köhnstraße solche Sätze spaßes halber sagen, aber völlig auszuschließen sei die Vermutung doch nicht. Insbesondere dann nicht, wenn man sich die Besucherzahlen der vergangenen Jahre ansieht.

Besseres Leben erhofft

Durch den Wegfall der Grenzen zu Ost- und Ostmittteleuropa und von restriktiven Visabestimmungen stieg der Ausländeranteil in der Anlaufstelle, die Caritas, Stadtmission und Stadt Nürnberg gemeinsam betreiben, seit etwa 2007 kontinuierlich an. Damals waren rund drei Viertel der Besucher Deutsche und ein Viertel Ausländer. 2012 betrug das Verhältnis 50 zu 50 (insgesamt rund 2000 Besucher); die 1000 ausländischen Gäste kamen dabei vor allem aus Staaten wie Rumänien, Bulgarien, Polen und Tschechien.

„Zunächst einmal sind das nur Zahlen“, sagt Wärmestuben-Chef Gradner. Dahinter stehen Entwicklungen, die Politiker und Arbeitsmarktexperten mit der Öffnung der Grenzen und der Einführung der Arbeitnehmerfreizügigkeit kaum oder gar nicht mitbedacht hatten – dass nämlich gerade die Ärmsten der Armen in der Hoffnung auf ein besseres Leben nach Deutschland kommen. Bulgarische und rumänische Staatsangehörige brauchen noch bis Ende 2013 eine Arbeitserlaubnis. Wer keine erhält, kann zwar im Land bleiben, hat aber laut Gesetz keinen Anspruch auf Sozialleistungen. Einige erbetteln sich in der Innenstadt als Straßenmusiker oder Pantomime ein paar Euro, insbesondere Frauen möchten im Haushalt arbeiten, andere wiederum wollen den „Straßenkreuzer“ verkaufen – dann gibt es welche, die überhaupt kein Einkommen haben.

„Keiner soll erfrieren“

Erfrieren oder hungern lassen will die Stadt Nürnberg aber niemanden. Deswegen trägt das Sozialamt zusätzliche Kosten, die insbesondere rumänische und bulgarische Wohnungslose verursachen. Darunter fallen Ausgaben für die Obdachlosen- und Krankenhilfe sowie die Rückkehr in die Herkunftsländer: „Eine Busfahrkarte nach Bukarest ist unser Renner“, meint Sozialamts-Chef Dieter Maly. Auch wenn die Personen wüssten, dass sie in Deutschland keine Perspektive haben und trotzdem bleiben, möchte er den Begriff „ausnutzen“ nicht verwenden. „Die Menschen kommen oft mit falschen Vorstellungen ins Land oder werden von Schwarzarbeiter-Organisationen in tiple Fallen gelockt“, sagt er, „ihnen kann man nicht einfach Sozialmissbrauch unterstellen.“

Das liegt auch Wärmestuben-Leiter Gradner fern. Für den überzeugten Christen und kirchlichen Mitarbeiter ist es selbstverständlich, den osteuro-



Auch in der Wärmestube hat sich der Anteil bedürftiger Besucher aus Osteuropa deutlich erhöht. Die meisten wünschen sich hier eine Arbeit, sprechen aber — wie die beiden Rumäninnen auf dem Bild — kaum Deutsch. Foto: Regina Suchy

päischen Besuchern zu helfen – zumal sie die ureigene Klientel von Wärmestuben, Obdachlosenunterkünften und Suppenküchen sind: „Sie sind obdachlos und haben nichts, andere Besucher beziehen Sozialleistungen und nutzen die Wärmestube zusätzlich, weil das Geld nicht reicht.“

Dennoch kennt der Sozialpädagoge die Probleme zu gut: Sie fangen bei Sprachbarrieren an und reichen bis hin zu veränderten Anforderungen an seinen eigenen Beruf. „Bei unseren Gästen aus Osteuropa beschränkt sich die Kommunikation aufs Notwendigste“, erzählt er. Wenn ein osteuro-

päischer Besucher zwischen zehn und zwölf Uhr komme, wüsste das Wärmestuben-Team, dass er in die Kleiderkammer wolle. Um zwölf Uhr sei das Mittagessen gefragt und Worte wie „Duschen“ oder „Rucksack“ könnten die meisten auf Deutsch sagen: „Unsere Arbeit besteht bei den Besuchern

vor allem in der Versorgung der Grundbedürfnisse.“ Weitergehende sozialpädagogische Betreuung wie etwa die Vermittlung an andere Sozialdienste oder die Hilfe beim Ausfüllen von Anträgen fällt weg: „Irgendwann braucht man dann keine Sozialarbeiter mehr. Handtücher ausgeben können auch Hauswirtschafterinnen.“

In der städtischen Notschlafstelle Großweidenmühle in Nürnberg ist deshalb die rumänische Küchenhilfe schon zu einer wichtigen Ansprechpartnerin geworden: „Sie versucht in Gesprächen mit den Gästen aus Osteuropa ein bisschen mehr über deren Lage zu erfahren“, berichtet Verwaltungsleiter Peter Mertel. Viel über die jeweilige Situation der wohnungslosen Männer (und auch immer mehr Frauen) erfährt das Personal über die ausländischen Besucher aber nicht.

Streit nimmt zu

Früher habe man bei den Übernachtungsgästen meist genau über Besonderheiten Bescheid gewusst (wer hält es nicht in einem Schlafraum zusammen aus oder wer schmuggelt Alkohol ins Gebäude?), das sei jetzt anders. „Unsere Mitarbeiter, die abends die Besucher reinlassen, verbinden mit den Namen keine Gesichter mehr.“

Das Zusammentreffen von über 20 wohnungslosen Männern sei ohnehin eine Herausforderung, erläutert Mertel. Aber nun, da die Aufnahmekapazität am Äußersten und alles dichter gedrängt ist, nähmen Auseinandersetzungen und Handgreiflichkeiten untereinander zu. Bislang konnten die Angestellten Konflikte zwischen den Besuchern aus der Welt räumen, das sei durch die unterschiedlichen Sprachen aber nicht mehr so leicht möglich.

Nicht zuletzt deshalb fühlen sich viele „Alteingesessene“, wie Mertel es unwohl. Kamen noch vor einigen Jahren im „Haus der Männer“ auf einen Ausländer zwei Deutsche, so hat sich das Verhältnis inzwischen umgekehrt. Einige hätten aus diesem Grund der Notschlafstelle schon den Rücken gekehrt. „Wenn einer in einem Zimmer mit fünf Rumänen liegt und kein Wort versteht, fühlt er sich als Minderheit“, sagt der Verwaltungs-Chef.

Wie viele Hosen?

In der Wärmestube machen sich ebenfalls solche „Verdrängungstendenzen“ breit. Der ein oder andere komme mit der neuen Situation nicht mehr zurecht, erzählt der Leiter. Einige der Stammgäste sprechen das Thema Ausländer offen an. Sobald ein Bulgare oder Rumäne sich an der Theke Gemack geben lässt oder in der Kleiderkammer Hosen und Pullover werde das oft genau beobachtet, sagt Gradner.

Neid und Eifersucht seien größer geworden. „Wenn früher ein Fürthe in der Wärmestube war, hat doch auch kein anderer Besucher gefragt: ‚Warum darf denn der zu uns kommen?‘“

Den Text entnahmen wir vorab dem Sozialmagazin „Straßenkreuzer“. Das nächste Heft, das am Freitag, 1. März, erscheint, widmet seinen Schwerpunkt dem Thema „Ausgenutzt“. Dazu werfen die Autoren unter anderem einen Blick auf die Tafel, außerdem gibt es ein Interview mit Thomas Rökke, dem Geschäftsführer des „Landesnetzwerks Bürger-schaftliches Engagement“.

„Wir brauchen eine spezielle Anlaufstelle“

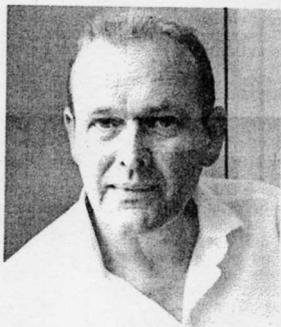
„Wir wollen nicht, dass einer unserer einheimischen Obdachlosen am Ende noch erfriert“, sagt Sozialamts-Chef Dieter Maly mit Blick auf die Kritik aus Wärmestube und Notschlafstellen. Die Stadt nehme die Missstände, die sich gerade in diesem Winter in den Anlaufstellen gezeigt haben, ernst: „Alteingesessene Obdachlose werden zunehmend durch rumänische oder bulgarische Wohnungslose aus den Anlaufstellen verdrängt“, meint er, „und das wollen wir ändern“.

Deshalb soll es in Nürnberg bereits im kommenden Winter ein spezielles Angebot für Bedürftige und Wohnungslose aus osteuropäischen Ländern geben.

Muttersprachliches Personal

Damit will die Stadt verhindern, dass noch mehr Nürnberger Obdachlose die Notschlafstellen nicht mehr aufsuchen („wir wissen bisher nicht, wo sie sich stattdessen aufhalten“). Zugleich will die Stadt den Ausländern dort durch muttersprachliches Personal noch weiter entgegenkommen. Das kostet die Stadt zwar zusätzliches Geld, lohnt sich aber langfristig, wie Maly sagt.

Denn die Zahl gemeldeter Bulgaren ist in Nürnberg zwischen 2011 und 2012 um bis zu einem Drittel auf etwa 2000 (Bulgaren) bzw. auf über 4000 (Rumänen) angestiegen. Dazu kommt noch eine unbekannte Zahl



Dieter Maly Foto: Hagen Gerullis

an nicht gemeldeten Osteuropäern, die als Touristen hier sind.

Aus Sicht der Polizei hat das bisher nicht zu einer nennenswerten Zunahme von Konflikten geführt. Es gebe Einzelfälle, aber nicht so, „dass man das als Problem bezeichnen könnte“, betont Patrick Stiegler, zuständig für Verbrechensbekämpfung beim Präsidium Mittelfranken.

Die Zahl der Bettler, Straßenmusikanten und der Menschen, die als Pantomimen auftreten, haben nach Polizeiangaben hingegen nicht auffällig zugenommen.

Die Zahlen variieren Stieglers Erfahrung nach vor allem entsprechend der Jahreszeit oder bei Großereignissen, wie etwa dem Christkindlesmarkt. Aber über das ganze Jahr gesehen sei die Zahl gleich geblieben – ohne gravierende Schwierigkeiten. „Wir unterscheiden bei den osteuropäischen Migranten und ihren Tätigkeiten zwischen künstlerischen Darbietungen und dem reinen Betteln“. Da müsse man manchmal eingreifen, es komme auf den Einzelfall an, „aber da machen wir keine Unterschiede nach dem Herkunftsland der Bettler“, erläutert der Sprecher weiter.

Zelte im Wald

Betteln sei immer eine Sondernutzung, die grundsätzlich untersagt ist und als Ordnungswidrigkeit geahndet wird. Aber, so Polizeisprecher Stiegler weiter: „Armutsbetteln wird in Nürnberg in stiller Form geduldet.“ Ein Sonderfall sei aber das organisierte Betteln. Das nämlich falle nicht unter den Begriff Armutsbetteln.

Wo die Migranten aus Osteuropa übernachteten oder sich auch tagsüber aufhalten würden, wisse er nicht. Stiegler vermutet jedoch, dass einige bei Landsleuten unterkommen würden. Aber „im Sommer stellen manche auch ihre Zelte im Wald auf“.

SHARON CHAFFIN/
HERBERT FUEHR

Flüchtlinge aus Rumänien oder Bulgarien tauchen nur selten auf

Ankünfte beantragen kaum staatliche Leistungen — Arbeitslosenquote unter Zugezogenen überraschend niedrig — Leben auf engstem Raum

VON GUDRUN BAYER

Sie hoffen auf ein besseres Leben und landen in einer Sackgasse. Immer mehr Armutsflüchtlinge aus Bulgarien und Rumänien zieht es in deutsche Großstädte. Kommunalpolitiker aus Duisburg oder Kiel sehen schon den sozialen Frieden gefährdet. Nürnbergs Sozialamtsleiter Dieter Maly beunruhigt eher die gespenstische Ruhe rund um die Neuankünfte.

NÜRNBERG – Ein kleines Haus in der Nürnberger Altstadt. Ganz in der Nähe der Straße der Menschenrechte; dort, wo Banken und Boutiquen auf Nachtlubs treffen. Der Lack blättert von den Holzrahmen der Fenster, ein Stromkabel ohne Anschluss ragt aus dem Putz der Fassade, Blicke durch die Fensterscheiben enden an Vorhängen aus schwerem, dunklen Stoff.

Drei vergilbte Klingelknöpfe ohne Namensschilder verraten: in diesem Haus befinden sich drei Wohnungen. Groß können sie nicht sein. Doch ein Zettel an der Haustür listet 14 Bewohner mit Namen auf – nur für den ersten und den zweiten Stock; das Erdgeschoss ist nicht aufgeführt.

Es sind Häuser wie dieses, die Dieter Maly, den Leiter des Nürnberger Sozialamts, besorgt machen. Heruntergekommene, manchmal abbruchreife Häuser, in denen Menschen aus Bulgarien und Rumänien eine Bleibe finden – gegen horrenden Mieten und zusammengepfercht auf engstem Raum. So still und unauffällig, wie es nur irgendwie geht, verhalten sich diese Menschen. „Sie wollen auf keinen Fall anecken“, weiß Maly. Aber genau deshalb fällt ihre Not kaum öffentlich auf.

Ende Januar schlug der Deutsche Städtetag Alarm. Die Botschaft: Die Zunahme der Armutsflüchtlinge aus

Südsteuropa stelle die Kommunen vor Probleme, die sie nicht alleine bewältigen könnten. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern der am stärksten betroffenen Städte forderte Lösungen auf Bundes- und EU-Ebene. In seinem Positionspapier spricht der Kommunalverband von 147 000 Menschen, die im Jahr 2011 aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland eingewandert sind.

Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben sie kaum. Sie können sich als EU-Bürger zwar frei niederlassen. Doch arbeiten dürfen sie nur mit Genehmigung – und zwar in Bereichen, in denen andere Interessenten fehlen: Als Erntehelfer in der Landwirtschaft, zum Beispiel oder als Saisonkräfte in der Gastronomie. In Jobs also, die im Winter wegfallen.

Wieder in der Heimat

Ein großer Teil der Saisonarbeiter zieht daher auch tatsächlich wieder zurück in die Heimat. Genau deshalb ärgert Herbert Brücker vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) die Zahlen, die der Städtetag vorgelegt hat. Der Migrationsexperte findet: Statt auf die Zuzüge zu verweisen, muss für eine realistische Analyse die Nettozuwanderung betrachtet werden. Und die liegt für das Jahr 2011 bei 58 000 Menschen – einschließlich der Kinder.

Die Statistik belegt außerdem: Die Arbeitslosenquote bei den zugezogenen Bulgaren und Rumänen liegt unter zehn Prozent. Sie ist damit deutlich geringer als die Quote bei allen in Deutschland lebenden Ausländern. Und bei Hartz-IV-Leistungen liegen die Bulgaren und Rumänen mit einer Quote von 8,5 Prozent nur knapp über dem Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. „Ein Großteil von ihnen ist also

kein Problem für das Sozialsystem“, erklärt Brücker.

Allerdings wird ein Teil der Betroffenen von der Statistik nicht erfasst: alle, die keine Hartz-IV-Leistungen erhalten. Das sind einige. Denn die Neuankünfte haben nach derzeitiger Rechtsauslegung keinen automatischen Anspruch auf Grundsicherung. Lediglich Kindergeld steht ihnen sofort zu, wenn sie sich melden. Dazu kommen die Sozialleistungen, die jede Bevölkerungsgruppe“, so der Nürn-

berger Oberbürgermeister gegenüber dpa. Deshalb appellieren die Kommunen an die EU und die Bundesregierung, die Roma-Minderheit stärker in ihren Herkunftsändern zu unterstützen. „Das müssen aus Sicht der deutschen Außenpolitik mehr als gute Worte sein“, findet Rathauschef Ulrich Maly.

Wegen des wachsenden Drucks auf die Kommunen fordert der Städtetag außerdem einen Nothilfefonds der EU, Kostenpauschalen von Bund und Ländern für Kindergärten und Schulen sowie Zuschüsse bei Beratungsdiensten, Sprachförderangeboten, Berufsbildungsinitiativen und Rückkehrhilfsprogrammen.

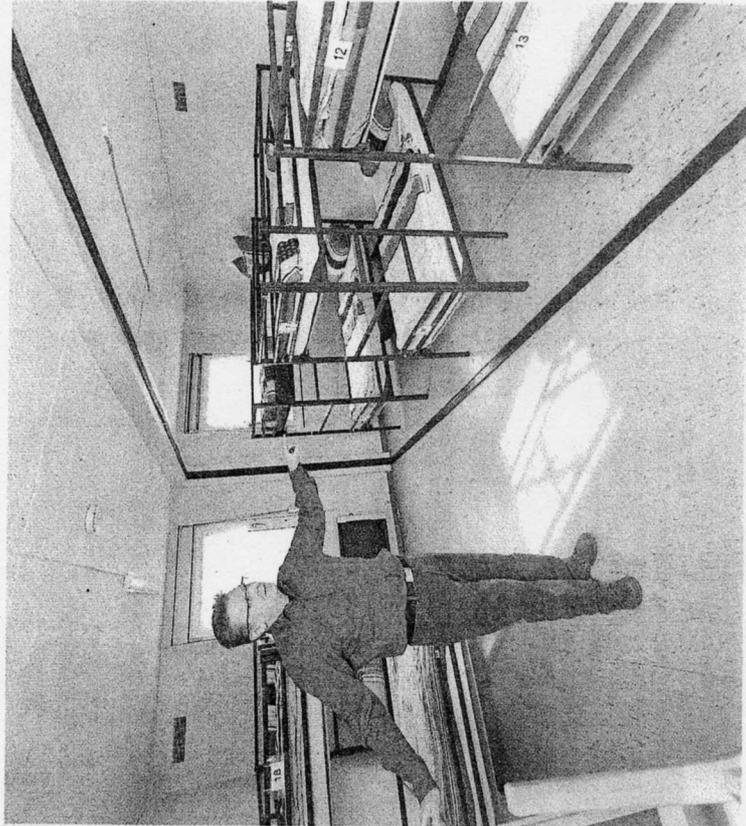
Auch nach Nürnberg zieht es seit drei Jahren immer mehr Menschen aus Osteuropa. Zum 31. Dezember 2012 waren laut Sozialamtschef Dieter Maly 2200 Bulgaren, 4900 Rumänen und etwa 5000 Polen gemeldet. Dazu kommt eine unbekannt große Zahl Nichtgemeldeter, die offiziell als Touristen gekommen sind. „Das ist ein Graubereich, dessen Größe überhaupt nicht abschätzbar ist.“

Beschwerden bleiben aus
Den sozialen Frieden in Nürnberg sieht der Sozialamtschef dadurch zwar nicht gefährdet. „Davon sind wir weit entfernt.“ Auch die Polizei kann keine nennenswerte Zunahme von Konflikten feststellen. Und selbst Beschwerden über massive Ruhestörungen, die Großstädten anderer Bundesländer zu schaffen machen, kommen in Nürnberg bisher nicht vor.

Sorgen bereitet Dieter Maly aber, dass die Neuankünfte sehr abgeschottet leben. So werden sie leicht Opfer von Schwarzarbeiter-Organisationen. Und landen in heruntergekommenen Häusern mitten in der Altstadt.

Stadt für ihre Bürger bereithält: Die Obdachlosen- und Krankenhilfe zum Beispiel. Oder die Inobhutnahme von Kindern, die nicht bei ihren Familien bleiben können.

Ein besonderes Problem stellt laut Städtetagspräsident Ulrich Maly (SPD) der hohe Anteil der Roma unter den Armutsflüchtlingen dar. „Unsere herkömmlichen Integrationsinstrumente funktionieren nicht bei dieser Bevölkerungsgruppe“, so der Nürn-



Viele der Betten in der Nürnberger Notschlafstelle bleiben leer: Doch Leiter Peter Mertel zählt rund 3000 Gäste aus Südsteuropa.
Foto: dpa

NN, 13.03.2013

Natur
Energie
Plus100% Ökostrom
aus deutscher
Wasserkraft.

FAZ 28.02.2013

Franfurter Allgemeine Politik

19.02.2013

Armutseinwanderung

Gefahr für den sozialen Frieden

Armutseinwanderung stellt Städte wie Duisburg vor große Probleme. Die meisten, die nach Deutschland kommen, sind Roma. Viele befürchten, dass sich die Situation in den nächsten Jahren zuspitzen wird.

Von REINER BURGER UND RÜDIGER SOLDT

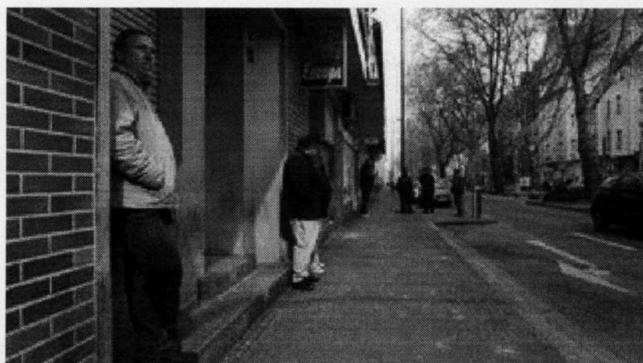


Foto: RÖTH, FRANK

Das mit Backstein verklinkerte siebenstöckige Gebäude im Duisburger Stadtteil Rheinhausen-Bergheim war einmal eine begehrte Adresse. Früher lebten Bergleute und Stahlarbeiter mit ihren Familien hier. Doch längst haben die Zechen in Duisburg geschlossen, und auch die Stahlindustrie hat schon zu viele Krisen hinter sich. Heute ist das Hochhaus ein Symbol dafür, wie deutsche Kommunen mit einem ungelösten Problem der EU-Erweiterung zurechtkommen müssen: der Armutseinwanderung. Denn seit schätzungsweise 300 rumänisch- und bulgarischstämmige Personen in dem Gebäude wohnen, heißt es in Duisburg nur noch „Problemhochhaus“. Immer wieder kommt es zu Konflikten mit den Anwohnern eines angrenzenden bürgerlichen Viertels, weil die Hochhausbewohner wilde

Müllkippen anlegen. Auch herrscht unter den Einheimischen Angst, denn mehr als 350 Strafverfahren leitete die Polizei allein gegen Bewohner des Hochhauses im vergangenen Jahr ein.

Die Zahl der Armutseinwanderer aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland hat sich von 64000 im Jahr 2007 auf 147000 im Jahr 2011 mehr als verdoppelt. Im ersten Halbjahr 2012 stieg die Zahl im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 24 Prozent. Und wenn vom 1. Januar 2014 an die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit für Bulgaren und Rumänen in Europa gilt, könnte die Zahl weiter steigen. Besonders betroffen sind Großstädte wie Frankfurt, Mannheim, München, Dortmund oder Duisburg. Sie alle fürchten von 2014 an eine weitere Steigerung der Sozialkosten. Allein Duisburg rechnet mit Mehrausgaben von mehr als 18 Millionen Euro im Jahr, in Mannheim rechnen die Stadt und das Jobcenter mit Mehrausgaben von knapp 30 Millionen Euro pro Jahr.

Meist sind es Roma

Vergangene Woche warnte der Deutsche Städtetag deshalb in einem Positionspapier vor einem Ansehensverlust der Europäischen Union und der Gefährdung des sozialen Friedens in den Städten. Der nordrhein-westfälische Arbeits- und Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) mahnte in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung: „Wenn nicht endlich gegengesteuert wird, spitzt sich die Situation nach dem 1. Januar 2014 zu.“

In Duisburg hat der seit gut einem Jahr amtierende Oberbürgermeister Sören Link (SPD) die Armutseinwanderung zum vordringlichsten Thema erklärt. Nach einem vor wenigen Tagen veröffentlichten Sachstandsbericht der Stadtverwaltung leben in Duisburg derzeit schon 6000 Armutsflüchtlinge, bei denen es sich zumeist um Roma handelt. Wie in den anderen deutschen Großstädten ist das Leben der Eingewanderten von extremer Armut geprägt. Duisburg gilt als einer der Zuzugsschwerpunkte in Nordrhein-Westfalen, weil es in der vom Strukturwandel gebeutelten Stadt viele leerstehende Häuser

gibt, die sich oft nur noch an Einwanderer vermieten lassen. Was Duisburg in seinem Sachstandsbericht feststellt, gilt auch für andere Orte in Deutschland: Eine wichtige Rolle spielt, dass vor allem die aus Bulgarien kommenden Einwanderer Türkisch sprechen und damit eine Chance haben, Anschluss wenigstens an einen Teil der Stadtbevölkerung zu finden. Zudem haben Armutsflüchtlinge häufig Verwandte in den jeweiligen Städten. Auch Schlepperbanden spielen häufig eine Rolle. „Die Zuwanderer werden (...) oft schon im Heimatland angeworben, mit Handynummern und Anlaufadressen hier in Mannheim versehen“, heißt es im Mannheimer Lagebericht. Gegen hohe Honorare würden die Schlepper den Einwanderern Wohnraum und Beschäftigung vermitteln und ihnen Begleitung bei Behördengängen versprechen. Diese Honorare verschwänden in der Schattenwirtschaft.

Einwanderer wohnen in baufälligen leeren Häusern

Noch bedrückender ist vielerorts die Wohnsituation der Armutsflüchtlinge. Vermietet werden oft Häuser ohne Fluchtmöglichkeiten, ohne funktionierende Toiletten, Zimmer ohne Tageslicht. In Mannheim, der zweitgrößten Stadt Baden-Württembergs, spitzte sich die Situation im vergangenen Jahr derart zu, dass die Stadt nur noch eine Möglichkeit sah: Sie kaufte das Mietshaus in Hafennähe, in dem gewissenlose Geschäftemacher Zimmer und Matratzen zu Wucherpreisen an Armutseinwanderer vermietet hatten. Anders ließ sich die Lage nicht entschärfen. „Wir wollten das Haus vom Markt nehmen, das können wir natürlich nicht beliebig häufig wiederholen“, sagte der Mannheimer Ordnungsbürgermeister Christian Specht (CDU) damals.

Dass es in den abbruchreifen Mietshäusern und notdürftig mit Elektroheizungen ausgestatteten Notunterkünften in Mannheim und andernorts noch nicht zu einer Brandkatastrophe gekommen ist, grenzt an ein Wunder. „Für eine Matratze werden etwa 200 Euro im Monat bezahlt, einzelne Räume werden an Familien, die dort

mit sechs oder mehr Personen leben, für 400 bis 500 Euro vermietet“, heißt es in einer Situationsanalyse der Stadt Mannheim über die „extrem prekären Wohnverhältnisse“. Aus Sicht der Einwanderer seien „selbst die prekärsten Wohn- oder Lebensverhältnisse“ in Deutschland besser als die „Fortführung des Status quo“ im Heimatland. Im Duisburger Sachstandsbericht heißt es dazu fast lapidar, die Besonderheit bei diesen Einwanderern bestehe darin, „dass die Mieter über Wohnverhältnisse/Überbelegung, Wohnhygiene oder Wohnungsmängel nicht klagen“. Seit 2009 registriert auch Offenbach eine „extreme Belegung von baufälligen, unbewohnbaren Liegenschaften“ durch Einwanderer aus den südosteuropäischen Mitgliedstaaten. Allerorten rufen die Überbelegung der Wohnungen und die abweichenden Lebensgewohnheiten vieler Armutsflüchtlinge Ärger hervor. Musste die Duisburger Stadtreinigung 2011 noch 1300 wilde Müllkippen im Umfeld von Armutsflüchtlingssiedlungen beseitigen, waren es allein im Zeitraum Januar bis September 2012 mehr als 1600.

Armutseinwanderung ist kein Thema auf Bundesebene

Es gibt Kommunalverwaltungen in Großstädten oder Mittelstädten in Deutschland, die das Problem nur aus der Zeitung kennen, es gibt aber eben auch die Kommunalpolitiker aus Dortmund, Mannheim, Berlin-Neukölln, München, Frankfurt am Main oder Offenbach. Sie schreiben schon seit Jahren Briefe an die politisch Verantwortlichen in ihren jeweiligen Landeshauptstädten und in Berlin, ohne dass sie bisher das Gefühl gehabt haben, dort mit ihren Sorgen ernst genommen zu werden. „Wir fühlen uns von Land, Bund und der EU im Stich gelassen“, sagte die Leiterin des Duisburger Referats Integration, Leyla Özmal, nun der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung“. Viel Frustration ist auch in einem Bericht der Stadt Dortmund mit dem Titel „Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess“ dokumentiert. Das Problem Armutseinwanderung sei absehbar gewesen, und trotzdem sei es „weder auf EU- noch auf Bundesebene zum Thema gemacht“

worden. Die Kommunen seien „Sammelbecken für alle Regelungsdefizite des vollzogenen Beitritts, die negativen Folgen der Beitritte werden kommunalisiert“. Die Dortmunder Stadtverwaltung formuliert ganz konkrete Forderungen an den Bund und an die EU: „Es müssen ‚Integrationskommissare‘ - ähnlich einem Haushaltskommissar - von der EU in die Herkunftsländer entsandt werden, die gemeinsam mit den betroffenen Menschen Strategien entwickeln“ und einen Verbleib in den Herkunftsländern bewirken. Auch müsse der Bund den Kommunen die aus seiner „verfehlten Erweiterungspolitik ... entstehenden Soziallasten ... vollständig erstatten.“

Die sozialen und kulturellen Konflikte, das Wohlstandsgefälle zwischen den Lebensverhältnissen in Osteuropa und einer deutschen Großstadt sind nun schon seit Jahren in nur wenige Quadratkilometer großen Stadtteilen Dortmunds, Offenbachs oder Mannheims zu besichtigen. Es beginnt beim fehlenden Impfschutz, dem vermehrten Auftreten von multiresistenten Tuberkulose-Infektionen und endet bei einem deutlichen Anstieg von Sozialausgaben und den Aufwendungen für die Krankenversorgung. „Kindeswohlgefährdung durch unzureichende Wohnverhältnisse“, heißt es in einer Tabelle mit einer Analyse der Situation in München. Die Antwort nicht nur der bayerischen Landeshauptstadt lautet: „Inobhutnahme“. In Dortmund mussten 2011 schon 45 rumänisch- oder bulgarischstämmige Kinder aus ihren Familien genommen werden, was alleine mit einer Million Euro zu Buche schlug. Nach der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit von 2014 an rechnet Dortmund mit hundert Fällen und Kosten von 2,2 Millionen Euro jährlich. Schon heute sind auch in Mannheim zehn Prozent der Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien noch im Kindesalter.

Längst fürchten die betroffenen Kommunen gravierende politische Konsequenzen, vor allem das Schüren fremdenfeindlicher Ressentiments. Im Duisburger Sachstandsbericht heißt es: „Weit über den Stadtteil Rheinhausen-Bergheim hinausgehend hat die Zuwanderung von

Menschen aus Südost-Europa hohe Wellen geschlagen. Besonders im Umfeld des sogenannten Problem-Hochhauses, aber auch an anderen Stellen ist der soziale Frieden nachhaltig gestört“, warnen die Autoren des Berichts. „Darüber hinaus nutzen inzwischen auch rechte Gruppen die Situation für ihre ideologischen Zwecke.“



In Dortmund stehen bulgarische Einwanderer auf der Straße und warten auf einen Arbeitgeber

[Zur Bildergalerie](#) ▶

Text: F.A.Z.

Bildmaterial: RÖTH, FRANK



per E-Mail versenden



Twitter



Facebook



Google +

Weiterlesen

[Friedrich will stärker gegen Armutseinwanderung vorgehen](#)

[Städtetag besorgt über Armutseinwanderung](#)

[nach oben](#)

[Startseite](#)

[Politik](#)

[Wirtschaft](#)

[Feuilleton](#)

[Sport](#)

[Reise](#)

[Finanzen](#)

[Gesellschaft](#)

[Wissen](#)

[Technik & Motor](#)

[Rhein-Main](#)

[Beruf & Chance](#)

[Indizes](#)

[Artikelsuche](#)

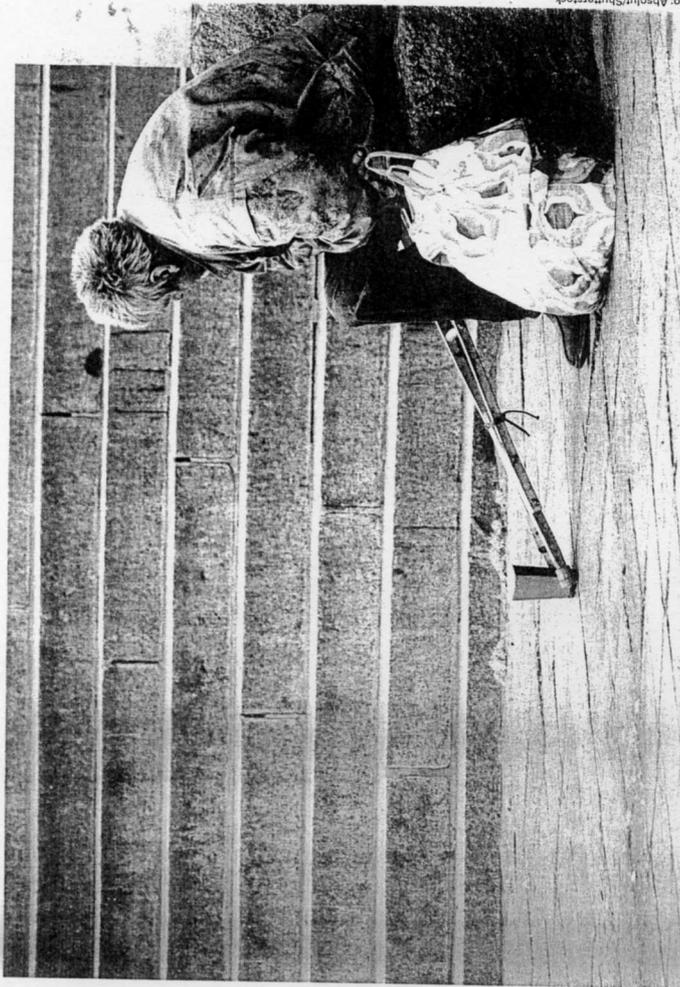


Foto: Absolut/Shutterstock

Bettler: Der Versuch von Armutsflüchtlingsen aus Südosteuropa, in Deutschland bessere Lebensverhältnisse zu erreichen, führt oft in neues Elend.

Dringender Handlungsbedarf

Die Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien hat in letzter Zeit deutlich zugenommen. Das führt für manche Städte zu starken Belastungen. Der Deutsche Städtetag sieht Bund, Länder und EU in der Pflicht, sich des Problems anzunehmen.

Der Deutsche Städtetag hat Bund und Länder sowie die Europäische Union aufgefordert, sich intensiver mit der Armutszuwanderung von Menschen aus Bulgarien und Rumänien zu befassen. Nach Einschätzung der Städte muss eine Diskussion auf europäischer Ebene angestoßen werden, wie in den Herkunftsländern die Lebensbedingungen verbessert werden können, um Armutszuwanderungen innerhalb der EU unnötig zu machen. Außerdem benötigen die betroffenen Städte Unterstützung von Bund, Ländern und EU, um bestehende Probleme durch die Zuwanderung bewältigen zu können, heißt es. Ziel aller handelnden Akteure müsse es sein, Voraussetzungen für eine gute Le-

bensperspektive aller Menschen sowie für die Betroffenen in den Städten schwer erreichbar, Hilfsangebote griffen zu wenig. Dass dies so ist, liegt nach Udes Worten oft an fehlenden Sprachkenntnissen und an geringer Bildung. Zum Teil haben die Menschen in ihren Herkunftsländern aber auch schlechte Erfahrungen mit offiziellen Stellen und Institutionen gemacht und misstrauen deshalb den deutschen Behörden.

„Die realen Probleme dieser Menschen müssen bewältigt werden, und es braucht passende neue Ansätze, sie aus ihrer sozialen Notlage zu befreien“, so Ude: „Dafür müssen sowohl die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern verbessert werden als auch Bedingungen

effektiv zu begegnen. Zudem würden die Betroffenen in den Städten schwer erreicht, Hilfsangebote griffen zu wenig. Dass dies so ist, liegt nach Udes Worten oft an fehlenden Sprachkenntnissen und an geringer Bildung. Zum Teil haben die Menschen in ihren Herkunftsländern aber auch schlechte Erfahrungen mit offiziellen Stellen und Institutionen gemacht und misstrauen deshalb den deutschen Behörden.

„Die realen Probleme dieser Menschen müssen bewältigt werden, und es braucht passende neue Ansätze, sie aus ihrer sozialen Notlage zu befreien“, so Ude: „Dafür müssen sowohl die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern verbessert werden als auch Bedingungen

geschaffen werden, die hierzulande kommunales Handeln ermöglichen und ein friedliches Miteinander von Zuwanderern und anderen Bevölkerungsgruppen der Stadtgesellschaft fördern. Die betroffenen Städte stehen hier vor enormen Herausforderungen, es besteht erheblicher Handlungsbedarf.“

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg die Zahl der Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien im ersten Halbjahr 2012 gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 88.000 Personen an. Das ist eine Zunahme um fast 24 Prozent.

Auf Initiative der Städte Dortmund und Duisburg richtete der Deutsche Städtetag im Sommer 2012 eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedsstädten ein, die von der Armutszuwanderung aus den beiden Ländern besonders betroffen sind.

Nach Erfahrungen der Städte zeigen sich nach der Aufnahme der Zuwanderer in Deutschland vor allem Schwierigkeiten in folgenden Bereichen:

Gesundheit: Oft ist der Gesundheitszustand schlecht. Meist fehlt eine Krankenversicherung, sodass hierzulande nur eine Notfallversorgung möglich ist. Häufig ist auch kein Impfschutz gegeben.

Kinder/Bildung: Städtische Ämter registrieren eine steigende Anzahl von Inobhutnahmen von Kindern. Es kommt zu Problemen in den Schulen auch aufgrund fehlender Sprachkenntnisse der Kinder und Jugendlichen. Eine notwendige intensive Förderung ist nicht möglich.

Wohnen: Die Armutsflüchtlinge leben zum Teil in überfüllten Wohnungen und in verfallenen Immobilien, teilweise in sonstigen provisorischen Unterkünften. Viele zahlen horrend

Summen an Vermieter von heruntergekommenen Immobilien.

Soziales Miteinander/Integration: In den betroffenen Stadtteilen ist der soziale Umgang untereinander zum Teil stark belastet. Fälle von Kriminalität, Bettelei und Prostitution führen zu Problemen in den Nachbarschaften.

Arbeitsmarkt: Viele Zugewanderte registrieren eine starke Zunahme von (Schein-)Gewerbeanmeldungen.

Beim Deutschen Städtetag wird davon ausgegangen, dass eine Lösung der Probleme der Armutszuwanderung allein auf kommunaler Ebene nicht möglich ist. Aktuell gibt es nach den Worten von Städtetagspräsident Ude weder einen rechtlichen Rahmen, noch verfügen viele Städte über ausreichend finanzielle Mittel, um die zahlreichen Schwierigkeiten abzumildern oder gar zu lösen.

Nach Auffassung des kommunalen Spitzenverbandes und der betroffenen Städte müssten alle Bevölkerungsgruppen in allen Mitgliedsstaaten der EU eine Chance auf ein gutes Leben in ihrer Heimat haben. Zudem müsse für den Umgang mit Zuwanderung eine finanzielle Grundlage für kurz-, mittel- und langfristige Hilfsmaßnahmen geschaffen und der rechtliche Rahmen überprüft werden.

Ein vom Städtetag erarbeitetes Positionspapier soll eine Diskussion über mögliche Lösungsansätze anstoßen. Es enthält erste inhaltliche Anregungen für Forderungen an Länder, Bund und EU, die man mit diesen Ebenen weiter diskutieren will. Seitens des Verbandes werden die begonnenen Gespräche einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe als erster Baustein begrüßt, um Handlungsansätze zur Armutszuwanderung aus Südosteuropa zu entwickeln. Zu klären seien unter anderem die Frage der Krankenversicherung und die der Unterstützung seitens Bund und Länder für Städte, die durch Armutszuwanderung besonders belastet sind.

Der Städtetag regt einen Fonds zur Gesundheitsversorgung von Migranten aus Rumänien und Bulgarien mit nicht oder nicht ausreichender Krankenversicherung an. Zudem will man über die Schaffung von Notunterkünften, über Beratungs- und Sozialarbeit oder Rückführungsprogramme mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds oder über einen „Fonds für europäische Armutszuwanderer“ sprechen. *Wolfram Markus*



Foto: Kiemann/Dortmund-AgenturStadt.DD

Dortmund: Die Stadt klagt, neben Duisburg, über Belastungen durch Armutszuwanderung aus Bulgarien und Rumänien.